KREIS UNNA
DER LANDRAT

25.09.2026 **Niederschrift 003/2026**

Jugendhilfeausschuss

am 16.09.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.001-C.003

Beginn 17:00 Uhr **Ende** 18:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Herr Norbert Enters (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD
Herr Frederik Bald
Frau Chantal Annabell Kuru

Kreistagsmitglieder CDU
Frau Susanne Melchert
Herr Hubert Wilhelm Hüppe — Vertretung für Herrn Jan-Eike Kersting
Herr Helge Heinz Meiritz

Sachkundiger Bürger AfD
Herr Andreas Lauber

Kreistagsmitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Patricia Esther Morgenthal

Kreistagsmitglied FFV
Herr Andreas Wette

Ordentliche Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe
Herr Rainer Goepfert | Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems
Frau Clara Kratzsch | Ev. Kirchenkreis Unna, Jugendarbeit
Frau Sandra Weniger | Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Unna e.V.

Stellvertretende Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe
Frau Veronika Foppe | Die Falken, Ortsverband Bönen — Vertretung für Herrn Dirk Lampersbach
Herr Thomas Köster | DPWV
Frau Dr. Ute Kruse-Ebeling | Caritasverband für den Kreis Unna e.V. — Vertretung für Frau Verena Giese-Prochowski

Beratende ordentliche Mitglieder
Herr Dirk Brahm, Direktor | Amtsgericht Unna
Frau Manuela Hubrach, Gleichstellungsbeauftragte | Gemeinde Holzwickede

Herr Till Knoche, Bürgermeister | Gemeinde Holzwickede
Frau Dr. Christina Marcon | Fachbereich 53 – Gesundheit Vertretung für Frau Julia Mothes
Herr Sebastian Richter | Ev. Kirchenkreis Unna
Frau Jasmin Schroer | IG Kindertagespflege Unna e.V.

Beratende stellvertretende Mitglieder

Herr Lars Haber, KHK | Kreispolizeibehörde Unna Vertretung für Frau Stephanie Bartos-Medger
Herr Jörg-Andreas Otte, Leiter Fachbereich II | Gemeinde Bönen
Vertretung für Herrn Nils Böckmann
Frau Josephine Surmann, Schulleiterin Sonnenschule Kamen
Vertretung für Herrn Markus Bong
Herr Matthias Weischer, Leiter Fachbereich II | Stadt Fröndenberg/Ruhr
Vertretung für Herrn Dirk Weise

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat IV
Frau Ruza Kaltenbach, Fachbereichsleiterin | FB 51 – Familie und Jugend
Frau Ilka Essers, Sachgebietsleiterin | SG 51.1 – Kinder- und Jugendförderung
Frau Anja Schwesig, Sachgebietsleiterin | SG 51.2 – Hilfen zur Erziehung
Frau Christine Anetsberger, Sachgebietsleiterin | SG 51.3 – Kindertagesbetreuung und wirtschaftliche Hilfen
Herr Gerwig Becker, Sachgebietsleiter | SG 51.4 – Rechtliche Betreuungen und Vormundschaften
Frau Monika Thünker | SG 51.0 – Jugendhilfeplanung und kommunale Präventionsketten
Frau Desiree Dettke | SG 51.2 – Hilfen zur Erziehung, Adoptionsvermittlungsstelle
Frau Annika van der Graaf | SG 51.2 – Hilfen zur Erziehung, Adoptionsvermittlungsstelle
Frau Sonja Risy, Schriftführerin | Büro des Landrats – Sitzungsdienst
Frau Madeleine Josephine Drengenberg, Auszubildende | Büro des Landrats – Sitzungsdienst

Abwesend:

Kreistagsmitglied CDU

Herr Jan-Eike Kersting

Ordentliche Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe

Frau Verena Giese-Prochowski | Caritasverband für den Kreis Unna e.V.
Herr Dirk Lampersbach | Die Falken, Ortsverband Bönen

Beratende ordentliche Mitglieder

Frau Stephanie Bartos-Medger, KHKin | Kreispolizeibehörde Unna
Herr Nils Böckmann, Bürgermeister | Gemeinde Bönen
Herr Markus Bong, Schulleiter | Jakob-Muth-Schule Unna
Frau Jessica Kube | Ortsjugendring Holzwickede
Frau Liudmyla Sapiegova, Ausschuss für Chancengleichheit und Integration Bönen
Frau Carina Schiewer | Jugendamtselternbeirat
Frau Daniela Tomczak | Jobcenter Kreis Unna
Herr Dirk Weise, Bürgermeister | Stadt Fröndenberg/Ruhr

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Bernhard Middelanis, Pastor | Dekanat Unna

Herr Enters begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 03.09.2026 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristge-

recht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Tagesordnungspunkt 7 zur Drucksache 132/26 „Abgabe einer rechtsverbindlichen Sicherungserklärung des Kreises Unna gegenüber dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) sowie Abschluss einer Vereinbarung mit dem Träger zur Absicherung von Rückforderungsansprüchen – Investitionsförderung Kindertageseinrichtung „Katharina Luther", Bahnhofstr. 262, 59199 Bönen (Träger: Ev. Kirchenkreis Hamm)" wird einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 2		Aufgaben und Sachstand der Arbeit im Pflegekinderdienst (PKD); Bericht: Anja Schwesig (SGL 51.2), Annika van der Graaf (SG 51.2)
Punkt 3	122/26	Anpassung der Tagessätze für die Bereitschaftspflege; Bericht: Anja Schwesig (SGL 51.2)
Punkt 4	130/26	Sachgebietsübergreifende Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendförderung und der Hilfen zur Erziehung: Pilotprojekt zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung (Stand 31.07.2026); Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)
Punkt 5		Bericht zum Ferienspaß und zu den Ferienfreizeiten 2026; Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)
Punkt 6	129/26	Konzept Eigenständige Jugendpolitik; Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)
Punkt 7	120/26	Übernahme von Personalkosten für eine zusätzliche Fachkraft – AWO Kita „Wühlmäuse", Schwerter Str., Holzwickede; Bericht: Christine Anetsberger (SGL 51.3)
Punkt 8	135/26	Kommunale Präventionsketten im kreisweiten Prozess und in Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede; aktueller Stand; Bericht: Monika Thünker (SG 51.0 | Jugendhilfeplanerin)
Punkt 9	139/26	Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend 2025; Bericht: Dezernent Torsten Göpfert

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 **Aufgaben und Sachstand der Arbeit im Pflegekinderdienst (PKD); Bericht: Anja Schwesig (SGL 51.2), Annika van der Graaf (SG 51.2)**

Erörterung

Frau van der Graaf und Frau Dettke informieren anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) über den Pflegekinderdienst, die rechtlichen Grundlagen, die Aufgabenfelder sowie die verschiedenen Formen der Vollzeitpflege.

Herr Hüppe erkundigt sich nach der Zuständigkeit für Kinder mit Behinderungen sowie für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und nach der Entscheidung über die Schulform.

Frau Dettke erläutert, dass die Schulform einzelfallbezogen festgelegt werde und Pflegekinder sowohl Regel- als auch Förderschulen besuchten. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sei ein anderer Bereich zuständig; der Pflegekinderdienst werde insbesondere bei der Prüfung von Verwandten als Pflegepersonen einbezogen. Kinder mit Behinderungen würden derzeit grundsätzlich durch den LWL betreut. Frau van der Graaf ergänzt, dass eine Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Pflegefamilien aufgrund des meist höheren Alters schwierig sei.

Auf Nachfrage von Herrn Lauber zur Anzahl der Pflegefamilien und zur Auslastung berichtet Frau van der Graaf, dass sich derzeit rund 100 Kinder in Dauerpflege befänden. Zudem stünden vier Bereitschaftspflegefamilien zur Verfügung, die aufgrund der langen Verweildauern faktisch dauerhaft belegt seien. Bei fehlenden eigenen Kapazitäten müsse für kurzfristige Unterbringungen auf externe und kostenintensivere Angebote zurückgegriffen werden.

Herr Köster fragt, ob die Entwicklung bei der Gewinnung von Pflegefamilien als alarmierend einzuschätzen sei, und regt weitere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung an.

Frau van der Graaf bestätigt die zunehmend angespannte Situation. Trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit gestalte sich die Gewinnung neuer Pflegefamilien zunehmend schwieriger. Gleichzeitig seien die Bedarfe der Kinder komplexer geworden. Als weitere Herausforderungen nennt sie veränderte Familienmodelle sowie die

fehlende soziale Absicherung der Pflegepersonen. Neue Modelle, beispielsweise die sozialversicherungspflichtige Anstellung von Bereitschaftspflegepersonen, würden bereits erprobt. Langfristig seien weitere Ansätze erforderlich, um insbesondere Kleinkindern das Aufwachsen in Pflegefamilien zu ermöglichen.

Punkt 3 122/26 Anpassung der Tagessätze für die Bereitschaftspflege;
Bericht: Anja Schwesig (SGL 51.2)

Erörterung
Frau Schwesig führt aus, dass die Drucksache 122/26 auf den zuvor dargestellten fachlichen Anforderungen der Bereitschaftspflege basiere sowie deren Bedeutung für den Kreis Unna darstelle. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit bitte die Verwaltung um Zustimmung zur Erhöhung der Tagessätze gemäß Beschlussvorschlag.

Auf Nachfrage von Frau Morgenthal zum Geltungsbereich der Anpassung erklärt Frau Schwesig, dass grundsätzlich der allgemeine Bereitschaftspflegesatz angepasst werden solle. Die in der Vorlage genannte Altersspanne von 0 bis 6 Jahren entspreche der üblichen Altersgruppe der Bereitschaftspflegefamilien.

Beschluss
Der zu vergütende Tagessatz in der Bereitschaftspflege wird ab dem Haushaltsjahr 2027 an den jeweils gültigen, westfalenweit festgesetzten Tagessatz der Westfälischen Pflegefamilien (WPF) angepasst.
Die Anpassung erfolgt künftig entsprechend der jährlichen Fortschreibung (Dynamisierung) des allgemeinen Pflegegeldes.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 4 130/26 Sachgebietsübergreifende Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendförderung und der Hilfen zur Erziehung: Pilotprojekt zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung (Stand 31.07.2026);
Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)

Erörterung
Herr Enters würdigt das seit vier Jahren bestehende Projekt des Jugendzentrums Windmühle als gelungenes Beispiel für die Verbindung von offener Kinder- und Jugendarbeit und Hilfen zur Erziehung. Als wesentliche Erfolgsfaktoren nennt er die freiwillige Bereitschaft des Teams sowie eine verlässliche hauswirtschaftliche Unterstützung.

Frau Essers erläutert, dass das gemeinsam mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) entwickelte Angebot Grundschulkinder mit besonderem Unterstützungsbedarf fördere und insbesondere deren Selbstständigkeit und soziale Kompetenzen stärke. Die positiven pädagogischen und finanziellen Effekte, darunter monetäre Synergien in Höhe von rund 578.000 Euro innerhalb von eineinhalb Jahren, sprächen für eine Fortführung des Projekts. Voraussetzung hierfür sei eine gesicherte personelle Ausstattung.

Herr Köster begrüßt das Projekt als pädagogisch und wirtschaftlich sinnvollen Ansatz zur Vermeidung kostenintensiver Hilfen zur Erziehung und befürwortet die Finanzierung einer Hauswirtschaftskraft.

Herr Lauber erkundigt sich nach den Voraussetzungen für eine Übertragung des Modells auf andere Einrichtungen. Frau Essers betont, dass hierfür die fachliche und organisatorische Bereitschaft des jeweiligen Teams sowie ausreichende personelle Ressourcen erforderlich seien; eine pauschale Übertragbarkeit bestehe nicht.

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe zur Herkunft und Beförderung der betreuten Kinder sowie zu einer möglichen Ausweitung des Angebots teilt Frau Essers mit, dass ausschließlich Kinder aus Fröndenberg betreut werden. Bei einem besonders hohen Betreuungs- und Aufsichtsbedarf stoße das bestehende Angebot jedoch an seine Kapazitätsgrenzen.

Herr Enters hebt abschließend hervor, dass die Freiwilligkeit des Teams für das Projekt von entscheidender Bedeutung sei. Das Modell sei daher als ergänzendes Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit und nicht als flächendeckend übertragbares Konzept zu verstehen.

Beschluss
Die modellhaft erprobte Intensivierung der sachgebietsübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Sozialdienst (ASD) in Fröndenberg und dem Treffpunkt Windmühle in Fröndenberg im Rahmen der sog, „Betreuungsgruppe" wird verstetigt, da sie sich pädagogisch und wirtschaftlich bewährt hat. Der Landrat wird beauftragt, die zur Sicherstellung des Angebots erforderlichen Maßnahmen entsprechend den im Sachbericht erläuterten Ausführungen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 5 **Bericht zum Ferienspaß und zu den Ferienfreizeiten 2026;**
Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)

Erörterung
Frau Essers gibt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) einen Überblick über die durchgeführten Ferienfreizeiten und den Ferienspaß 2026. Die Angebote seien insgesamt sehr gut besucht worden.

Frau Kratzsch weist ergänzend darauf hin, dass es daneben weitere Freizeiten gebe, die in der vorliegenden Darstellung nicht enthalten seien. Beispielhaft nennt sie die Angebote der freien Träger der evangelischen Kirche. Dort seien im Sommer zwei Freizeiten nach Schweden mit zusammen etwa 42 Teilnehmenden durchgeführt worden; zusätzlich habe es eine weitere Freizeit in den Süden mit rund 30 Jugendlichen gegeben. Dies zeige, dass viele Jugendliche im Kreis Unna weiterhin Ferienfreizeiten in Anspruch nähmen.

Herr Bald erkundigt sich, ob erfasst werde, in welchem Umfang Kinder und Jugendliche bei der Teilnahme an Ferienfreizeiten finanzielle Unterstützung, beispielsweise im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets, erhalten. Frau Essers teilt mit, dass die Teilnehmerbeiträge sozial gestaffelt seien, eine gesonderte statistische Erfassung jedoch nicht erfolge. Trotz der günstigen bzw. bezuschussbaren Angebote blieben teilweise bis kurz vor Anmeldeschluss Plätze frei.

Herr Hüppe fragt nach der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und einer entsprechenden statistischen Erfassung. Frau Essers erklärt, dass Unterstützungsbedarfe im Austausch mit den Eltern

individuell ermittelt und im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt würden. Eine statistische Erfassung erfolge auch hierzu nicht.

Frau Kratzsch bestätigt diese Vorgehensweise für die Angebote ihres Trägers. In den vergangenen Jahren hätten zunehmend auch Jugendliche mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen teilgenommen. Schwerstmehrfachbehinderte Menschen nähmen hingegen kaum teil, da die vorhandenen Einrichtungen hierfür nur unzureichend geeignet seien. Auch bei ihrem Träger erfolge keine statistische Erfassung; vielmehr werde individuell ermittelt, welche Unterstützung für eine Teilnahme erforderlich sei.

Punkt 6 129/26 Konzept Eigenständige Jugendpolitik;
Bericht: Ilka Essers (SGL 51.1)

Erörterung
Frau Essers führt zur Überarbeitung und Strukturierung des Konzepts zur eigenständigen Jugendpolitik aus und stellt bestehende Beteiligungsformate wie „Jugend goes Politik", Besuche bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie das Zukunftsparlament in Holzwickede vor. Das dort entstandene Jugendgremium solle als Modell auch in Fröndenberg und Bönen etabliert werden. Die konkrete Organisationsform sei noch offen. Die Jugendlichen sollen Inhalte und Ziele selbst entwickeln; die Verwaltung und die Kinder- und Jugendbüros würden hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Herr Bald erkundigt sich nach den personellen und finanziellen Ressourcen für die Beteiligungsformate. Frau Essers teilt mit, dass die Kinder- und Jugendbüros personell entsprechend ausgestattet seien und derzeit kein Nachsteuerungsbedarf bestehe. Die erforderlichen finanziellen Mittel, beispielsweise für Geschäftskosten, Räumlichkeiten oder Fahrtkosten, seien im Gesamtbudget des Sachgebiets Kinder- und Jugendförderung berücksichtigt.

Herr Lauber fragt, wie die Anliegen aus den Beteiligungsformaten in die politischen Gremien zurückgespiegelt würden. Frau Essers verweist hierzu auf das Zukunftsparlament, dessen Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig im Sozialausschuss präsent seien und zu Veranstaltungen und Workshops einlüden. Aus ihrer Sicht sollten bereits erfolgreich etablierte Strukturen weiter unterstützt werden.

Herr Enters spricht abschließend den Jugendkreistag an, über dessen Aktivitäten derzeit wenig zu vernehmen sei. Er kündigt an, die weitere Entwicklung nachzuhalten, und verweist darauf, dass der Jugendkreistag ursprünglich als kreisweites Beteiligungsprojekt einschließlich entsprechender Wahlen konzipiert worden sei.

Die Drucksache 129/26 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 120/26 Übernahme von Personalkosten für eine zusätzliche Fachkraft – AWO Kita „Wühlmäuse", Schwerter Str., Holzwickede;
Bericht: Christine Anetsberger (SGL 51.3)

Herr Goepfert erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung über die Drucksache 120/26 teil.

Erörterung

Herr Enters führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss
Die durch den Träger AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems beantragte Erstattung zusätzlicher Personalkosten für die Kindertageseinrichtung „Wühlmäuse" (Schwerter Str., 59439 Holzwickede) wird für den Zeitraum November 2025 bis Dezember 2027 (zzgl. der für die Jahre 2026 und 2027 geltenden Tarifsteigerungen AWO NRW) als freiwilliger Betriebskostenzuschuss gewährt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen (ohne Teilnahme von Herrn Goepfert)

Punkt 8 135/26 Kommunale Präventionsketten im kreisweiten Prozess und in Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede; aktueller Stand;
Bericht: Monika Thünker (SG 51.0 | Jugendhilfeplanerin)

Erörterung
Frau Thünker berichtet über die seit 2012 bestehenden kommunalen Präventionsketten mit dem Ziel, ein gelingendes Aufwachsen aller Kinder zu fördern. Bestehende Angebote würden vernetzt und die Zusammenarbeit der beteiligten Fachbereiche gestärkt. Der kreisweite Prozess werde derzeit weiterentwickelt; hierfür würden auch die vom Land bereitgestellten „Aufschlagmittel" eingesetzt.

Anhand der Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede geht Frau Thünker auf aktuelle Schwerpunkte und Maßnahmen ein. Im Mittelpunkt stünden insbesondere die Unterstützung von Familien, der Übergang von Jugendlichen in den Beruf sowie die Beteiligung junger Menschen. Die Arbeit an den Präventionsketten werde kontinuierlich fortgeführt.

Die Drucksache 135/26 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 139/26 Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend 2025;
Bericht: Dezernent Torsten Göpfert

Erörterung
Herr Göpfert stellt den Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2025 vor. Er erläutert, dass die Weiterentwicklung der Berichterstattung hin zu einer schlankeren, datenbasierten und digitalen Darstellung noch nicht abgeschlossen sei. Ziel bleibe eine fachlich fundierte, wirtschaftliche und wirkungsorientierte Steuerung der Jugendhilfe sowie die Bereitstellung belastbarer Planungs- und Controllingdaten.

Herr Köster würdigt den vorgelegten Tätigkeitsbericht und regt an, die künftige Berichterstattung stärker auf steuerungsrelevante Inhalte zu konzentrieren. Zugleich schlägt er vor, einzelne Themenbereiche künftig in gesonderten Sitzungen vertieft zu behandeln.

Herr Enters merkt an, dass eine vertiefte Vorstellung einzelner Themen bereits praktiziert worden sei und erneut aufgegriffen werden könne. Der Bericht diene zugleich der Selbstvergewisserung und biete die Grundlage für eine öffentliche und kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit des Fachbereichs.

Die Drucksache 139/26 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 10.1 Kita-Anmeldungen und Bedarfsplanung

Frau Anetsberger berichtet zum Beginn des neuen Kindergartenjahres über freie Platzkapazitäten in den Kommunen. Unterjährige Aufnahmen seien weiterhin möglich; das Anmeldeverfahren laufe bis zum 31.10. Derzeit seien 102 Anmeldungen für Bönen, 100 für Holzwickede und 108 für Fröndenberg zu verzeichnen. Im Ü3-Bereich sei der Bedarf inzwischen weitgehend gedeckt, was bei der künftigen Bedarfsplanung zu berücksichtigen sei.

Das im Juli gestartete Kita-Kataster erfasse sowohl bauliche als auch wirtschaftliche Aspekte der Kindertageseinrichtungen. Von insgesamt 32 Einrichtungen hätten bislang 25 eine Rückmeldung gegeben. Nach Abschluss der Erhebung solle dem Ausschuss im Dezember ein Konzept zum weiteren Umgang mit freien Kapazitäten vorgestellt werden.

Im Hinblick auf die KiBiz-Reform lägen die Durchführungsanweisungen weiterhin nicht vor. Insbesondere zu den Themen Randzeiten und Stundenmodelle würden noch entsprechende Klarstellungen erwartet. Ein aktualisierter Sachstand sei für die Sitzung im Dezember vorgesehen.

Punkt 10.2 Organisatorische Änderungen und Prüfung

Frau Kaltenbach informiert über eine zum 01.08. vorgenommene organisatorische Anpassung im Fachbereich Familie und Jugend. Ziel der Anpassung sei eine fachlich sachgerechtere und transparentere Zuordnung der Aufgaben sowie eine effizientere Aufgabenwahrnehmung. Im Zuge der Neuordnung werde unter anderem nun die Erziehungsberatungsstelle dem Sachgebiet Jugendförderung (51.1) und die Adoptionsvermittlungsstelle dem Sachgebiet Hilfen zur Erziehung (51.2) zugeordnet.

Darüber hinaus berichtet Frau Kaltenbach über eine Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt. Im Fokus stünden die wirtschaftliche Jugendhilfe (SG 51.3) sowie die Hilfen zur Erziehung (SG 51.2). Die Verwaltung nutze die Prüfung zugleich zur kritischen Betrachtung der eigenen Aufgabenwahrnehmung und Strukturen. Über die Ergebnisse der Prüfung und die daraus resultierenden Empfehlungen werde nach Abschluss der Prüfung informiert.

Punkt 10.3 Sachstand Jugendzentren und offene Jugendarbeit

Herr Göpfert teilt mit, dass das Jugendzentrum in Bönen aufgrund des schlechten Gebäudezustands bereits in ein von der Gemeinde bereitgestelltes Übergangsdomizil umgezogen sei. Auch das Jugendzentrum in Holzwickede sei sanierungsbedürftig; ein Neubau werde als sinnvoller angesehen. Nach einer bereits durchgeführten Planungsphase 0 solle das Verfahren nun wieder aufgenommen werden.

Zur weiteren Klärung des geeigneten Trägermodells sowie des vergaberechtlichen Vorgehens werde derzeit eine Fachanwaltskanzlei beauftragt. Die erforderlichen Entscheidungen sollten möglichst im Herbst/Winter getroffen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Köster zur zusätzlichen halben Stelle in der offenen Jugendarbeit in Bönen erläutert Herr Göpfert, dass diese für fünf Jahre abgesichert sei. Eine Befristung erfolge formal aufgrund des jeweiligen Förderzeitraums.

Herr Richter weist darauf hin, dass zwischen den Förderregularien und den arbeitsrechtlichen Vorgaben zu unterscheiden sei, und regt eine weitere Abstimmung mit den Verantwortlichen in Hamm an. Herr Enters sagt zu, die Angelegenheit verwaltungsseitig nochmals zu prüfen. Grundsätzlich sei eine Gleichbehandlung der drei Kommunen bei der Förderung der freien Träger anzustreben.

Herr Enters informiert ergänzend über die geplante freiwillige Haushaltssicherung und die damit verbundene Verschiebung der Einbringung des Kreishaushalts auf voraussichtlich Dezember. Dies könne Auswirkungen auf die Sitzungsfolge des Jugendhilfeausschusses haben. Eine vorbereitende Sitzung vor der Haushaltsverabschiedung werde geprüft; der Ausschuss werde über das weitere Vorgehen informiert.

Anlagen
1. Pflegekinderdienst (Präsentation zu TOP 2)
2. Ferienfreizeiten_Ferienspaß 2026 (Präsentation zu TOP 5)

gez. Sonja Risy
Schriftführerin

gez. Norbert Enters
Vorsitzender